

Stand: 06.07.2025 09:50:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23210

"Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und LKW-Führerscheine schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23210 vom 21.06.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/24320 des BV vom 28.06.2022
4. Beschluss des Plenums 18/24476 vom 12.10.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 12.10.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und LKW-Führerscheine schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Reform der Ausbildung zur Erlangung von Bus- und LKW-Führerscheinen einzusetzen, welche die mit einer solchen Ausbildung verbundenen Kosten auf ein mit den europäischen Nachbarländern vergleichbares Niveau begrenzt.

Begründung:

Die Ausbildung zur Erlangung eines Bus- oder LKW-Führerscheins ist in Deutschland mit hohen Kosten, typischerweise in fünfstelliger Höhe, verbunden. Gerade mittelständische Unternehmen können diese Kosten aus wirtschaftlichen Gründen nicht für neues Personal tragen, wenn dieses noch nicht über einen für die Berufsausübung erforderlichen Führerschein verfügt. Entsprechend ist der Einstieg in einen solchen Beruf für einen Berufseinsteiger oft mit einem hohen, aus eigenen Mitteln zu finanzierenden, finanziellen Aufwand verbunden. Vor Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht erlangten zahlreiche spätere Beschäftigte des Transport- und Logistikgewerbes die benötigten Führerscheine ohne eigenen finanziellen Aufwand im Rahmen ihres Grundwehrdienstes. Hierdurch hat sich die Attraktivität solcher Berufe deutlich verringert und es fällt Unternehmen mit einem Bedarf an Neuanstellungen (noch) schwerer, geeignetes Personal zu finden. Insbesondere der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sowie die gesamte Logistikbranche ist jedoch auf ausreichend Bus- bzw. LKW-Fahrer dringend angewiesen, um ihr Angebot aufrechterhalten zu können. So beschäftigten die über 1 000 bayerischen Omnibusunternehmen Anfang 2020 über 19 000 Beschäftigte im Fahrdienst.

Im an Bayern angrenzenden europäischen Ausland ist der finanzielle Aufwand, einen Bus- oder LKW-Führerschein zu erlangen, deutlich geringer. So betragen die Kosten in Österreich typischerweise unter 3.000 Euro. Nachdem die national erteilten Führerscheine EU-weite Gültigkeit haben, ist die deutsche Ausbildung in diesem Bereich in wirtschaftlicher Hinsicht für die Auszubildenden bzw. kostentragenden Unternehmen nicht konkurrenzfähig und verstärkt hierdurch den ohnehin schon vorhandenen Fachkräftemangel weiter. Verschärft wird die Situation noch durch eine Altersstruktur, die in absehbarer Zeit zahlreiche Verrentungen zur Folge haben wird. So beträgt das Durchschnittsalter der Busfahrer in Deutschland 56 Jahre. Die Bundesregierung ist daher auf-

gerufen, hier Maßnahmen zu ergreifen, welche die Kosten auf ein Maß begrenzen, welches (wenigstens) im Vergleich zum angrenzenden EU-Ausland Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Ausbildung zum Bus- und LKW-Führerschein sicherstellt.

Abstimmung wird später bekannt gegeben. – Ich bitte darum, langsam wieder Platz zu nehmen und etwas Ruhe einkehren zu lassen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/23210 mit 18/23214 sowie 18/23244 werden im Anschluss an die heutige Sitzung an den jeweils federführenden Ausschuss überwiesen.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Klimaschutz ernst nehmen, Menschen und Umwelt schützen: Endgültiges Aus für dritte Start- und Landebahn am Flughafen München beschließen!" auf der Drucksache 18/23209 bekannt: Mit Ja haben 43 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 93 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 18/23210

Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und LKW-Führerscheine schaffen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass nach dem Wort "einzusetzen," die Wörter "unter anderem im Bereich der digitalen Ausbildung," eingefügt werden.

Berichtersteller: **Manfred Eibl**
Mitberichtersteratterin: **Inge Aures**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 56. Sitzung am 28. Juni 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Enthaltungmit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/23210, 18/24320

Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und LKW-Führerscheine schaffen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Reform der Ausbildung zur Erlangung von Bus- und LKW-Führerscheinen einzusetzen, unter anderem im Bereich der digitalen Ausbildung, welche die mit einer solchen Ausbildung verbundenen Kosten auf ein mit den europäischen Nachbarländern vergleichbares Niveau begrenzt.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Auch bei den fraktionslosen Abgeordneten gibt es kein abweichendes Votum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juli 2022 (Vf. 36-IVa-22) betreffend Verfassungsstreitigkeit zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und dem Antragsgegner Bayerischer Landtag über die Frage, ob der Antragsgegner dadurch,
 1. „dass der Antragsgegner alle von der Antragstellerin vorgeschlagenen Kandidaten zur Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ohne sachlichen Grund abgelehnt hat“,
 2. „dass die Durchführung eines ordnungsgemäße(n) Moderationsverfahren(s) ohne sachlichen Grund abgelehnt worden ist“,
 3. „dass sich das parlamentarische Kontrollgremium ohne Beteiligung der Antragstellerin am 22.01.2019 konstituiert hat“,
 verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt hat, sowie dadurch, „dass der Antragsgegner es einem Vertreter der Antragstellerin unmöglich macht, Rechte und Pflichten als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums wahrzunehmen“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt

PII-G1310.22-0008

Drs. 18/24260 (G) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. Juli 2022 (Vf. 11-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
 3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 4. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
- vom 19. Juli 2022 über die Frage, ob das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) vom 22. April 2022 (GVBl. S. 102) die Bayerische Verfassung verletzt

PII-G1310.22-0011
Drs. 18/24283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. August 2022 (Vf. 12-VIII-22 und Vf. 13-VII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
 3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 4. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
 5. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
 6. BayernSPD-Landtagsfraktion
 7. FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag
- vom 25. Juli 2022 über die Frage, ob § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen
- Vf. 12-VIII-22 –
und
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist
- Vf. 13-VII-22 -

PII-G1310.22-0012

Drs. 18/24261 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem – neue Initiative
 28.04.2022 - 21.07.2022
 Drs. 18/22849, 18/24389 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Verringerung der Lebensmittelverschwendung – Zielvorgaben
 24.05.2022 - 16.08.2022
 Drs. 18/23314, 18/24391 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde
 zu legen.

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
 Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch –
 EU-Beihilfe
 05.05.2022 - 18.07.2022
 Drs. 18/23323, 18/24392 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Parlament, den Rat,
 die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts-
 und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen;
 EU-Justizbarometer 2022
 COM(2022) 234 final
 BR-Drs. 231/22
 Drs. 18/23324, 18/24386 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen II – Zugang zu Schulbildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
Drs. 18/21726, 18/22993 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Öffnungszeiten 24/7 für digitale Kleinstsupermärkte
Drs. 18/22226, 18/24277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Persönliche Assistenz von Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/22464, 18/24216 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit zu einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/22497, 18/24217 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und LKW-Führerscheine schaffen
Drs. 18/23210, 18/24320 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen - Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt
Drs. 18/23214, 18/24280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zu Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzte in Bayern
Drs. 18/23218, 18/24303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

21. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
ÖPNV und SPNV in Bayern
Drs. 18/23219, 18/24322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989
Drs. 18/23246, 18/24314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Carolina Trautner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
JETZT: Bund muss Coronatests weiterhin bezahlen – Länder und Kommunen brauchen Planungssicherheit – Bürger dürfen nicht unter der Zauderei des Bundes leiden
Drs. 18/23288, 18/24304 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem Große Beutegreifer etablieren
Drs. 18/23289, 18/24212 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner,
Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme –
Ökonomische Lage der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 18/23456, 18/24247 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>